

E-PAPER

Landtagswahl Hessen

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Oktober 2018

Dieses E-Paper ist eine Vorabversion des boell.brief Demokratie & Gesellschaft #10, der in leicht aktualisierter Fassung im November 2018 erscheint.

*Das **boell.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **boell.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik» und «Demokratie & Gesellschaft».*

Die Schnellanalyse zur Landtagswahl Hessen basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen/ZDF sowie auf Daten des Landeswahlleiters.

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	3
2	Wahlergebnis.....	4
	2.1 Stimmverteilung	4
	2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven	5
	2.3 Stimmung und Wahlsituation: Landtagswahl mit bundespolitischer Komponente	6
	2.4 Hessen im zeitlichen Kontext	12
3	Wahlverhalten.....	13
	3.1 Entscheidungszeitpunkt & Motive	13
	3.2 Wahlsoziologische & regionale Aspekte	14
	3.3 Wählerwanderung	15
4	Anhang	16
	4.1 Wahlergebnis im Detail	16
	4.2 Wählerwanderung im Detail	17

1 Zusammenfassung

› Wahlergebnis ◀

Bei der Landtagswahl in Hessen sind die Berliner Regierungsparteien CDU (27,0 Prozent; -11,3 Prozentpunkte) und SPD (19,8 Prozent; -10,9 Prozentpunkte) die klaren Wahlverlierer. Wahlgewinner sind vor allem die Grünen, die mit 19,8 Prozent und 94 Zweitstimmen Vorsprung vor der SPD zweite Kraft im Landtag werden. Die Grünen profitieren wie bereits in Bayern fast gleichermaßen von CDU- und SPD-Wechselwähler/innen. Der AfD gelingt es, mit 13,1 Prozent in den 16. Landtag einzuziehen. Als einzige Partei gewinnt die AfD in nennenswertem Umfang aus dem Nichtwähler/innen-Lager hinzu. FDP und Linke sind mit 7,5 bzw. 6,3 Prozent wieder im Landtag.

› Wahlbeteiligung ◀

Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung setzt sich in Hessen nicht fort. Dies liegt vor allem daran, dass die Wahlbeteiligung 2013 bedingt durch die zeitgleiche Bundestagswahl überdurchschnittlich war. Mit 67,3 Prozent liegt die Wahlbeteiligung 2018 leicht über dem hessischen Durchschnitt von 66,7 Prozent (1990-2013).

› Parlament & Regierungsbildung◀

Der Landtag ist mit 137 Abgeordneten deutlich größer als zuvor. Die stark gestiegene Fragmentierung macht sich in Form zahlreicher Überhang- und Ausgleichsmandate bemerkbar, selbst wenn die Grünen erstmals in Hessen fünf Direktmandate erringen. Die CDU ist mit 40 ausschließlich direkt gewählten Abgeordneten die stärkste Fraktion, Grüne und SPD liegen mit 29 Abgeordneten gleichauf. Die AfD ist mit 19, die FDP mit 11 Abgeordneten vertreten. Die Linke bildet mit 9 Abgeordneten die kleinste Fraktion. Damit ergeben sich knappe Mehrheitsverhältnisse. Zum einen ist eine Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition mit 69 von 137 Stimmen im Parlament möglich, zum anderen wäre mit gleicher Stimmzahl eine Koalition von Grünen, SPD und FDP realisierbar. Eine rechnerisch ebenfalls mögliche Koalition von CDU und SPD ist ebenso unwahrscheinlich wie eine Jamaika-Koalition von CDU, Grünen und FDP. Der Frauenanteil im neu gewählten Landtag ist mit rund 33 Prozent gering. Während bei Grünen, SPD und Linken Frauen (sehr) gut vertreten sind, sind sie bei der CDU, FDP und AfD unterrepräsentiert. Auch bei den Wahlbewerber/innen waren Frauen mit rund einem Drittel der Vorschläge unterrepräsentiert.

› Politische Stimmung & Wahlmotive ◀

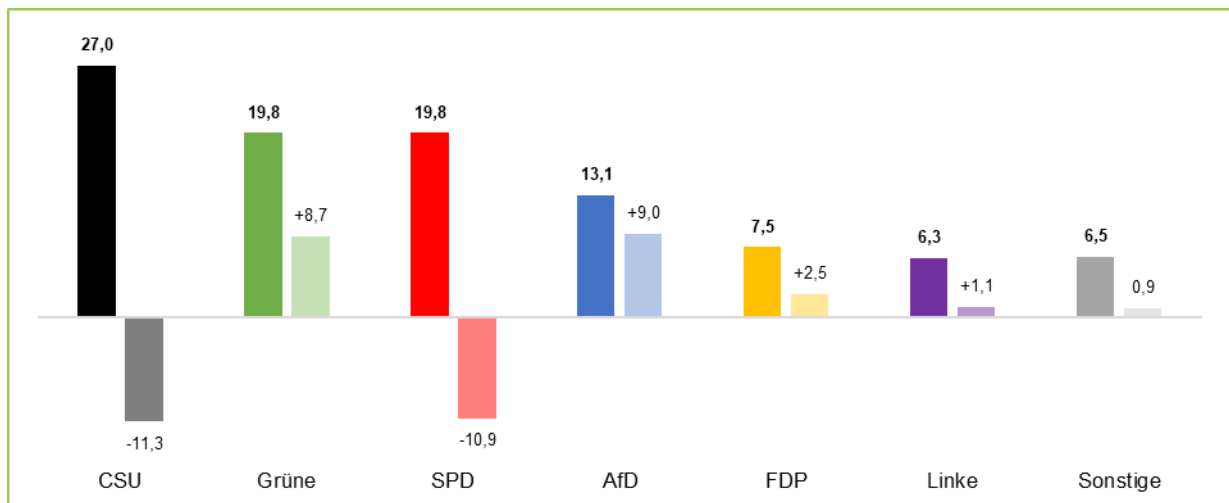
Die Landtagswahl kann sich nicht von der bundespolitischen Stimmungslage abkoppeln. Allerdings zeigt die Analyse, dass auch landespolitischen Aspekten eine wichtige Rolle zukommt. Den Grünen ist es gelungen, in der Landesregierung an Profil und Kompetenzzuschreibung zu gewinnen. Tarek Al-Wazir ist darüber hinaus der beliebteste Politiker in Hessen. CDU und SPD haben in der letzten Legislaturperiode hingegen sachpolitisch verloren und konnten so dem Berliner Gegenwind keine landespolitischen Argumente entgegensetzen. Die Erfolge der AfD sind vor allem bundespolitisch motiviert als Protestwahl zu sehen. Auffällig ist allerdings, dass die langjährige Polarisierung bzw. Spaltung in Hessen überwunden wurde. Ein übergreifendes Thema war im Wahlkampf nicht erkennbar, vielmehr ist eine Fragmentierung der wahlentscheidenden Themen zu konstatieren, wobei von vielen Wähler/innen kein spezielles Thema als wahlentscheidend benannt wurde.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimmverteilung

Die Landtagswahl in Hessen bringt Bewegung ins hessische Parteiensystem und denkbar knappe Mehrheiten im Parlament. Dabei zeigen sich in der Wahl bundes- und landespolitische Einflussfaktoren (vgl. Kapitel 2.3). Deutlich ist, dass es CDU und SPD nicht gelungen ist, dem Berliner Gegenwind etwas entgegenzusetzen, zumal sie auch landespolitisch weniger überzeugen konnten als 2013. Das Ergebnis sind starke Einbußen für beide Parteien, die SPD erreicht mit 19,8 Prozent ein Allzeittief, und auch die CDU – mit 27,0 Prozent stärkste Kraft – schneidet so schlecht ab wie zuletzt 1966. Die Grünen ziehen mit wenigen Zweitstimmen an der SPD vorbei und werden mit ebenfalls 19,8 Prozent erstmals zweite Kraft in Hessen. Die AfD zieht mit 13,1 Prozent in den 16. Landtag in Folge ein und ist damit bundesweit parlamentarisch präsent. FDP (7,5 Prozent) und Linke (6,3 Prozent), die 2013 nur knapp in den Landtag einzogen, können ihre Ergebnisse verbessern und sind sicher im Landtag (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Wahlergebnis Hessen 2018



Gültige Zweitstimmenanteile in Prozent sowie Veränderungen zur Landtagswahl 2013 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

Die **CDU** verzeichnet mit -11,3 Prozentpunkten den dritthöchsten Verlust in ihrer hessischen Geschichte, wobei sie die stärkste Kraft im Landtag bleibt. Sie sichert damit ihre relative Stellung im hessischen Parteiensystem, die sie seit Mitte der 1990er erreicht hat. Die **Grünen** steigen – mit 94 Stimmen Vorsprung – zur zweiten Kraft im Parlament auf (+8,7 Prozentpunkte). Nur drei Mal haben die Grünen bei Landtagswahlen ein besseres Ergebnis erzielt (Baden-Württemberg 2011, 2016; Bremen 2011). Die **SPD** kann von den Verlusten der CDU nicht profitieren, sondern verliert mit -10,9 Prozentpunkten deutlich. Dies ist für die hessische SPD der zweitgrößte Verlust in ihrer Geschichte und das schlechteste Ergebnis in diesem Bundesland überhaupt. Die **AfD** zieht mit deutlichem Zugewinn (+9,0 Prozentpunkte) in den Landtag ein und erreicht ihr zweitbestes Landtagswahlergebnis in einem westdeutschen Bundesland (nach Baden-Württemberg, 15,1 Prozent). Die **FDP** (+2,5 Prozentpunkte) wie auch die **Linke** (+1,1 Prozentpunkte) legen beide zu, bleiben aber hinter den eigenen Erwartungen und den jüngsten Umfragewerten zurück.

Vergleicht man die Ergebnisse dieser Wahl mit denen der jeweils letzten Wahl in den anderen Bundesländern, dann wird der Erfolg der hessischen Grünen deutlich (Tab. 1). Zugleich zeigt sich, dass CDU und SPD unterdurchschnittlich abschneiden, die Abstände aber relativ gering

ausfallen. Differenzen zeigen sich auch bei AfD, FDP und Linke, wobei bei allen sechs Parteien starke Unterschiede zwischen den Bundesländern auftreten – die Regionalisierung des föderalen Parteienwettbewerbs bleibt evident.

Erstmals seit 2016 ist dabei die Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl wieder rückläufig, mit 67,3 Prozent lag diese deutlich unter dem Wert von 2013 (73,2 Prozent). Allerdings ist dieser Rückgang vor allem dadurch erklärlich, dass die Landtagswahl 2013 zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfand, was nicht nur eine hohe bundespolitische Durchdringung, sondern auch eine deutlich höhere Wahlbeteiligung zur Folge hat. Die rückläufige Wahlbeteiligung geht dabei, so die Analysen von infratest dimap, vor allem zu Lasten der CDU (-61.000) und SPD (-66.000). Deutliche Zugewinne gegenüber dem Nichtwählerlager erreichte bei dieser Wahl allein die AfD (+21.000; Details im Anhang).

Tabelle 1: Wahlergebnis im Vergleich

	Wahlbeteiligung	CDU CSU	GRÜNE	SPD	AfD	FDP	LINKE
Hessen (2018)	67,3	27,0	19,8	19,8	13,1	7,5	6,3
Hessen (1990-2013)	66,7	40,6	9,9	34,1	4,1	8,3	5,2
Bundesländer (letzte Wahl; ohne Hessen)	61,4	29,1	10,4	25,4	11,1	6,1	10,9

Angaben in Prozent (gerundet); eigene Berechnung; Datenquelle: election.de sowie Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis); Hessen (1990-2013): AfD nur 2013; Linke 2008-2013; Bundesländer: Mittelwert Landtagswahlergebnisse (jew. letzte Wahl; gerundete Landesergebnisse; ohne Hessen, ohne sonstige).

2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven

Im Parlament sind mit CDU, Grünen, SPD, AfD, FDP und Linken künftig sechs statt fünf Parteien vertreten.¹ Das hessische Parteiensystem ist künftig stärker fragmentiert (*Effective Number of Parties* nach Laakso/Taagepera 1979, Hessen 2018: 4,9 vs. 2013: 3,2). War Hessen bislang das Bundesland mit der zweitniedrigsten Fragmentierung, ist es nun das Bundesland mit der zweithöchsten. Diese Fragmentierung geht mit einem starken Aufwuchs an Abgeordneten einher, künftig werden 137 statt 110 Abgeordnete im Landtag arbeiten (vgl. Tab. 2). Dies zeigt, dass die in Deutschland üblichen Wahlsysteme mit einer ähnlichen Anzahl an Einerwahlkreisen und Listenmandaten nicht mehr zur gestiegenen Fragmentierung passen – die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate nimmt auch in Hessen deutlich zu. Neu ist zudem, dass neben CDU und SPD auch die Grünen insgesamt 5 Direktmandate gewinnen konnten.

Tabelle 2: Sitzverteilung

	Sitzverteilung			Mandatsträgerinnen	
	Sitze	davon direkt	Gewinn/Verlust	Absolut	Anteil
CDU	40	40	-7	9	22,5
GRÜNE	29	5	+15	15	51,7
SPD	29	10	-8	13	44,8
AfD	19	0	+19	2	10,5
FDP	11	0	+5	2	18,2
Linke	9	0	+3	5	55,6
insgesamt	137	55	+27	46	33,6

Sitze (absolut); Gewinn/Verlust zu 2013 (Sitze gesamt); Mandatsträgerinnen (absolut; Anteil in Prozent); eigene Berechnung; Quelle: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

Die gestiegene Fragmentierung zeigt sich auch in der knappen Mehrheitssituation im Landtag. Dem in Deutschland typischen Muster einer minimalen Gewinnkoalition folgend, haben drei

¹ Der hessische Landtag wird für fünf Jahre gewählt und besteht aus mindestens 110 Sitzen, wovon 55 Mandate in Einerwahlkreisen (relative Mehrheitswahl) vergeben werden (personalisierte Verhältniswahl mit geschlossenen Listen). Jede Wählerin/jeder Wähler verfügt wie bei der Bundestagswahl über zwei Stimmen (Wahlkreis- und Landesstimme).

Koalitionen mit 69 von 137 Sitzen eine denkbar knappe Mehrheit: CDU/Grüne, Grüne/SPD/FDP sowie CDU/SPD. Eine Koalition unter Beteiligung der AfD ist ausgeschlossen, grundsätzlich denkbar hingegen wäre auch eine Jamaika-Koalition (CDU/Grüne/FDP). Diese Option wurde vor der Wahl durchaus positiv diskutiert, nach der Wahl jedoch – aufgrund der Mehrheit von CDU und Grünen – rasch von FDP-Spitzenkandidat René Rock ebenso wie vom Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck ad acta gelegt.

Von den damit gegebenen drei Optionen ist eine CDU/SPD-Koalition höchst unwahrscheinlich. Somit verbleiben zwei Optionen, (a) eine erneute Koalition von CDU und Grünen oder (b) eine Ampel-Koalition (Grüne/SPD/FDP). Eine Ampel unter SPD-Führung wurde vor der Wahl als möglich erachtet, die inhaltlichen Differenzen von den drei Parteien – auch unter Verweis auf die Ampel in Rheinland-Pfalz – als überbrückbar eingeordnet. Auch wählerseitig wäre diese Option vorstellbar, in der FDP-Wählerschaft wird sie ähnlich positiv bewertet wie eine CDU/Grüne-Koalition (infratest dimap Exit Poll,² FDP-Wähler/innen: CDU/Grüne: 35 Prozent, SPD/Grüne/FDP: 30 Prozent). Eine grün geführte Ampel ist jedoch vor der Wahl kaum diskutiert worden und scheint für die FDP-Spitze deutlich problematischer zu sein zeigen, wie die Debattenlage am Tag nach der Wahl zeigt. Damit steht eine Fortführung der schwarz-grünen Koalition im Fokus – eine Koalition, die nicht nur aus Sicht der Wähler/innen gut gearbeitet, sondern auch vor der Wahl sowie bei den Exit Polls am Wahltag die höchste Zustimmung erfahren hat (infratest dimap Exit Poll: 45 Prozent Zustimmung; FGW-Vorwahlbefragung 49 Prozent Zustimmung). Damit ist die schwarz-grüne Koalition, 2013 noch als eher ungeliebtes Experiment mit unsicherem Ausgang gestartet, nunmehr in Hessen neben einer möglichen Ampel eine feste Größe in den anstehenden Sondierungsgesprächen.

Trotz aller parteilichen Vielfalt und neuer Größe des Landtags bleibt in der Zusammensetzung ein Aspekt evident: Frauen sind weiterhin, und wie in allen deutschen Parlamenten, stark unterrepräsentiert. Dies betrifft das mit 23 zugelassenen Listen (zuvor 18) sehr plurale Bewerberfeld, bei dem lediglich ein Drittel der Listenvorschläge mit Frauen besetzt sind (212 von 691; Wahlkreisvorschläge: 115 von 413), ebenso wie den neuen Landtag: Auch dieser ist keineswegs paritätisch besetzt, lediglich ein Drittel der gewählten Volksvertreter/innen sind Frauen (vgl. Tab. 2). Dabei zeigen sich auch in Hessen die üblichen Ungleichgewichte zwischen den Parteien: Grüne, SPD und Linke sind etwa paritätisch besetzt, wohingegen bei der CDU Frauen deutlich, bei FDP und AfD Frauen dramatisch unterrepräsentiert sind.

2.3 Stimmung und Wahlsituation: Landtagswahl mit bundespolitischer Komponente

Die hessische Landtagswahl steht, bundespolitisch betrachtet, lange im Schatten der Bayern-Wahl vom 14. Oktober 2018. Erst nach dieser Wahl gerät Hessen stärker in die mediale Öffentlichkeit. Innerhalb Hessens ist die Stimmung vor der Wahl bundespolitisch mitbestimmt, aber auch landespolitische Aspekte und die Regierungstätigkeit der schwarz-grünen Regierung spielen eine wichtige Rolle für die Stimmung vor der Wahl.

Die Stimmung im Land selbst ist dabei vor der Wahl durchaus positiv: Acht von zehn der hessischen Wahlberechtigten bewerten das hessische Staats- und Verwaltungswesen vor der Wahl positiv, und etwa ebenso viele sehen die aktuelle wirtschaftliche Lage in Hessen positiv, und dies über alle Parteien hinweg (infratest dimap Vorwahlbefragung). Wie in Bayern ist damit die allgemeine Zufriedenheit hoch, wirtschaftlicher Handlungsdruck wird kaum verspürt. Auch

² Für die Exit Poll von infratest dimap wurden in 195 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken Befragungen durchgeführt. Am 28. Oktober wurden dort von insgesamt 26.576 Wählerinnen und Wählern Informationen zu deren Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen, von 4.199 darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Ergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien.

die Bewertung der Regierungstätigkeit ist insgesamt gut und liegt im Bundesländervergleich im Mittelfeld (infratest dimap Vorwahlbefragung). Sorgen sind jedoch im Bereich kultureller Aspekte zu verzeichnen, dies deckt sich mit der gesamtgesellschaftlichen Stimmung im Land. So sind vor der Wahl Anhänger/innen von AfD, CDU und FDP mehrheitlich in Sorge, dass „der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird“ – eine Einschätzung, die von SPD-, Grünen- und Linken-Anhänger/innen mehrheitlich nicht geteilt wird (infratest dimap Vorwahlbefragung). Dazu passt, dass die Anhänger/innen von AfD, aber auch von CDU, FDP und SPD, mehrheitlich eine stärkere Traditionspflege durch die Politik einfordern (infratest dimap Vorwahlbefragung).

Doch trotz dieser kulturellen Sorgen in Teilen der Wahlbevölkerung ist ein klares, dominantes Thema im Landtagswahlkampf nicht auszumachen: Nach einem die Wahlentscheidung bestimmenden Thema gefragt, geben 56 Prozent der befragten Wahlberechtigten an, dass kein Einzelthema für die persönliche Wahlentscheidung besonders prägend sei (infratest dimap Vorwahlbefragung). Die Polarisierung und konfrontative Wahlkampfsituation, wie sie in Hessen für die 1990er und 2000er kennzeichnend war, wurde in den letzten Jahren – und dies ist mit Blick auf die politische Kultur durchaus positiv – nicht zuletzt durch die schwarz-grüne Regierung überwunden. Damit geht einher, dass die Wahrnehmung wichtiger Themen und Probleme in diesem Wahlkampf vergleichsweise fragmentiert ist. Sie reicht von Aspekten der Schul- und Bildungspolitik, über Migrationsthemen, dem Zustand der öffentlichen Infrastruktur bis hin zu Wohn- und Mietfragen (infratest dimap Vorwahlbefragung).

Diese Situation – kein überlagerndes Wahlkampfthema, eine hohe allgemeine Zufriedenheit mit der Landesebene und im Gegensatz dazu eine hohe Unzufriedenheit mit der Bundesregierung – ermöglicht letztlich eine Durchdringung der Landtagswahl durch die Bundespolitik.

▸ **Bundespolitische Durchdringung** ◀

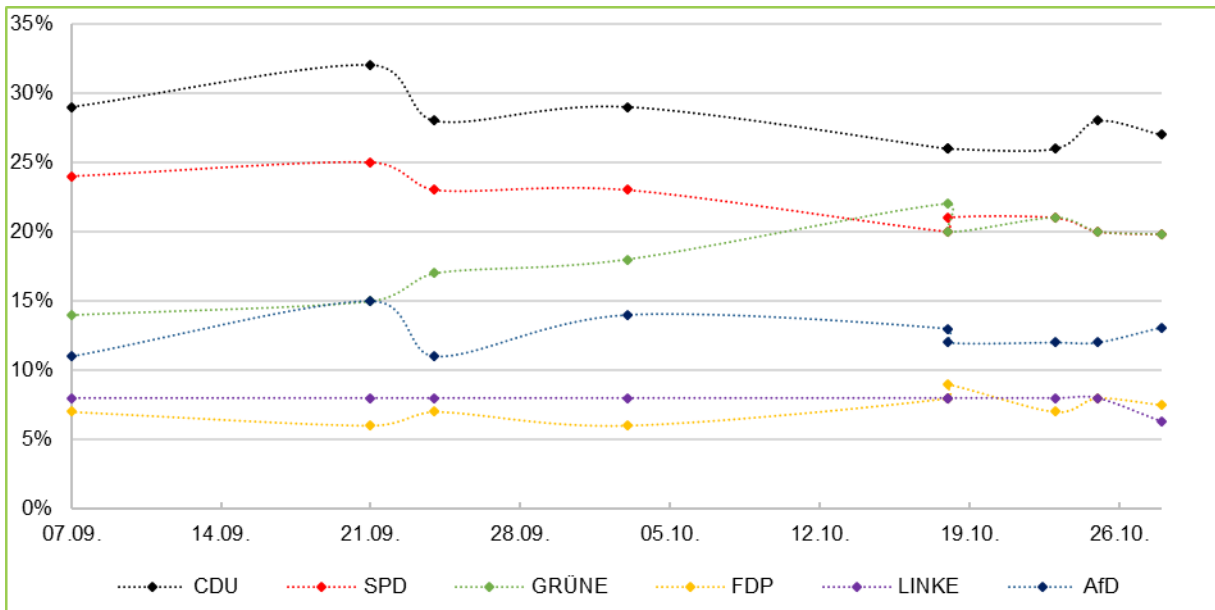
Wie 2013 – damals fand die Bundestagswahl zeitgleich mit der Landtagswahl statt – ist auch dieser Wahlkampf bzw. diese Landtagswahl bundespolitisch beeinflusst. Während 2013 insbesondere die CDU von einer positiven Bundesstimmung profitierte, wirkt sich der Bundestrend bei dieser Wahl für CDU und SPD negativ aus. Die bundespolitische Stimmungslage hat einen wesentlichen Anteil an den Verschiebungen bei dieser Wahl, da gerade die unzufriedenen Wähler/innen zu anderen Parteien abwandern (vgl. auch Kapitel 3).

Für eine bundespolitische Durchdringung spricht, dass die Hälfte der Wähler/innen die Landtagswahl als möglichen „Denkzettel für Berlin“ sieht (infratest dimap Vorwahlbefragung). Besonders ausgeprägt ist diese Denkzettel-Idee bei Wähler/innen der AfD, aber auch die Anhänger/innen der FDP und der Linken bejahen diese Idee mehrheitlich. In der Anhängerschaft von Grünen, SPD und vor allem CDU wird diese Einschätzung mehrheitlich nicht geteilt, aber: 73 Prozent der abgewanderten CDU-Wähler/innen teilen diese Einschätzung (CDU-Anhänger: 35 Prozent; infratest dimap Vorwahlbefragung/ARD Wahlberichterstattung). Dies verdeutlicht, dass gerade die Veränderung in dieser Wahl durch den Denkzettel-Gedanken mitgeprägt sein dürfte. So überrascht es auch nicht, dass überproportional viele AfD-Anhänger/innen bundespolitische Gründe für Ihre Wahlentscheidung angeben (FGW Politbarometer 09/2018).

Somit darf die bundespolitische Situation nicht außer Acht gelassen werden, um das Wahlergebnis im Gesamtkontext zu deuten. Dazu kommt, dass neben der schlechten Bundesregierungsperformanz und der damit einhergehenden Ansehenskrise der Bundesregierung (vgl. zur bundespolitischen Stimmung u.a. die Böll-Analyse der bayerischen Landtagswahl, online unter www.boell.de/wahlanalysen) auch Fehler in den besonders für Hessen relevanten Themenfeldern gemacht wurden (bspw. Verkehrspolitik/Fahrverbote/Frankfurt). Die bundespolitische

Lage hat also einen wichtigen Anteil daran, dass im September/Oktober der Abschwung von CDU und SPD ebenso verstärkt wurde wie der Aufschwung der Grünen (vgl. Abb. 2).

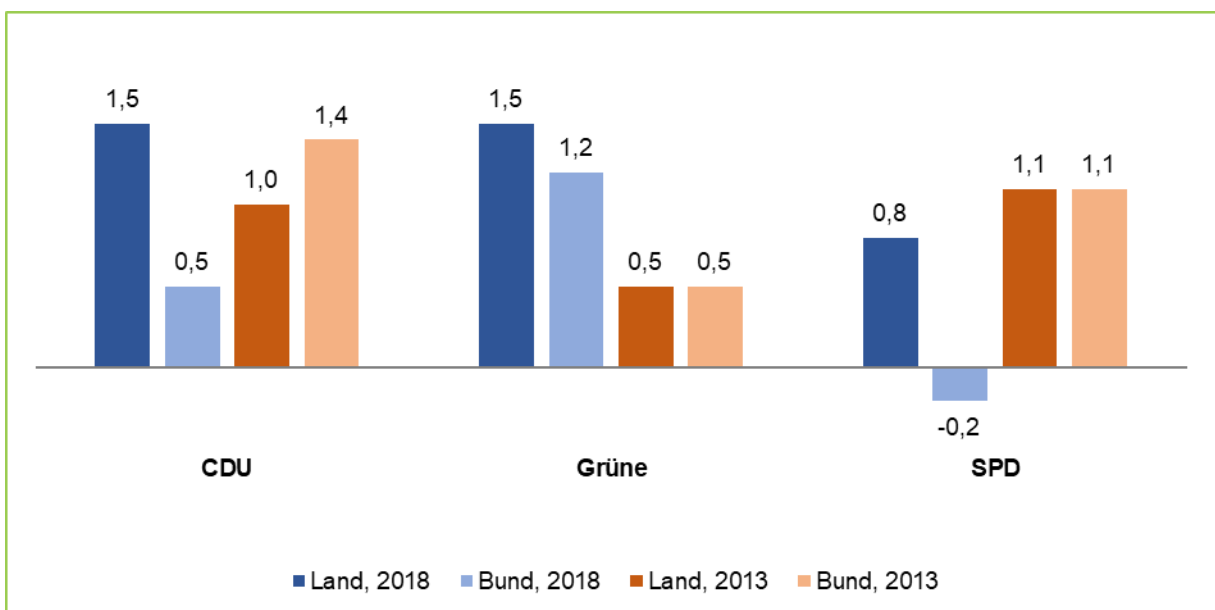
Abbildung 2: Sonntagsfrage (Hessen) im September/Oktober 2018



Sonntagsfrage/Projektion (FGW, infratest dimap, INSA) sowie vorläufiges Wahlergebnis LTW 2018.

Insofern passt es ins Bild, dass die Bundes-CDU und Bundes-SPD in Hessen deutlich schlechter bewertet werden als die Landesparteien (FGW Wahlberichterstattung; vgl. Abb. 3). Dies war in 2013 noch anders: Hier lagen Landes- und Bundesparteien in der Bewertung fast gleichauf, bei der CDU lag die Bundespartei sogar besser als die Hessen-CDU. Bei dieser Wahl waren nicht nur die Abstände stärker ausgeprägt, sondern auch der Gegenwind aus Berlin klar erkennbar. Die Hessen-Grünen, 2013 noch gleichauf mit der Bundespartei, liegen im Gegensatz dazu bei dieser Wahl sogar vor der Bundespartei.

Abbildung 3: Bewertung der Parteien im Vergleich



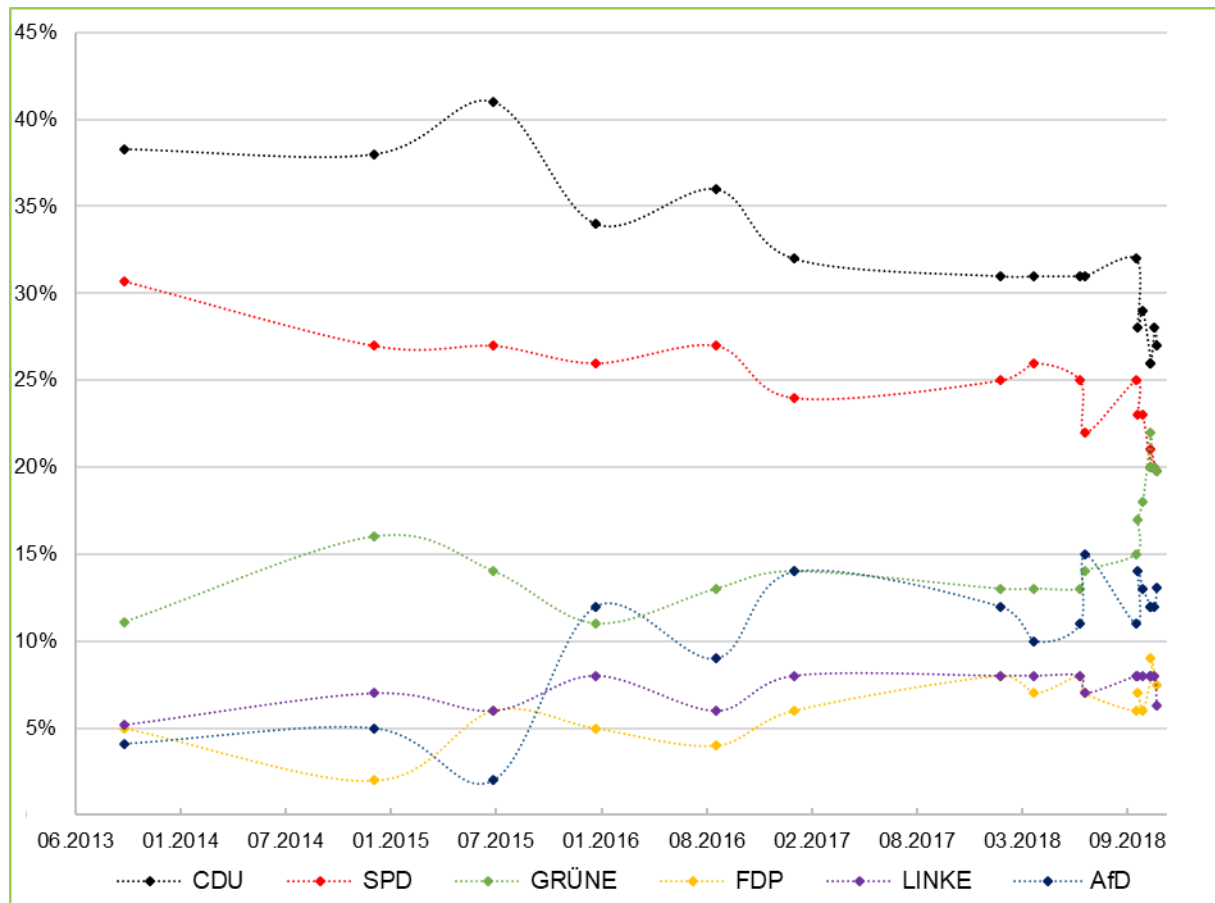
FGW Wahlberichterstattung und Wahlanalyse 2013, Bewertung des Landes- und Bundesparteien, Skala -5 bis +5.

Zusammenfassend ist mit Blick auf die bundespolitische Durchdringung dieser Landtagswahl festzuhalten, dass die Verluste von CDU und SPD bundespolitisch geprägt sind. Allerdings wird deutlich, dass unabhängig vom Bundestrend die Landesparteien ihren Teil am Wahlergebnis tragen – so verliert die Hessen-SPD insgesamt in der Bewertung, und auch bei der Hessen-CDU sind Verluste in der Kompetenzzuschreibung evident (vgl. nächster Abschnitt). Die Zugewinne von AfD, teilweise aber auch von FDP und Linke, sind ebenfalls bundespolitisch bestimmt – gerade diesen Parteien ist es gelungen, enttäuschte CDU- bzw. SPD-Wähler/innen für sich zu gewinnen (vgl. Wählerwanderung, Abschnitt 3.2). Die Grünen hingegen profitieren nicht nur vom Bundestrend, sondern auch von ihrer Regierungsbeteiligung

› Landespolitische Aspekte ‹

Neben dem bundespolitischen Einfluss sind aber auch klare landespolitische Bestimmungsgründe im Wahlkampf und im Wahlergebnis auszumachen. Betrachtet man zunächst die Wähler/innen allgemein, so geben diese vor der Wahl mehrheitlich an, dass vorrangig landespolitische Gründe für ihre Entscheidungsfindung bedeutsam seien (FGW Politbarometer 10/2018: 60 Prozent Landespolitik, 36 Prozent Bundespolitik). Dies ist ähnlich wie bei der Wahl 2013 (FGW Wahlanalyse 2013: 57 Prozent Landespolitik, 40 Prozent Bundespolitik). Und tatsächlich ist das Ergebnis in Hessen nicht nur kurzfristigen Faktoren geschuldet, sondern auch von längerfristigen Entwicklungen geprägt (vgl. Abb. 3). Die Sonntagsfrage für den hessischen Landtag zeigt im Zeitverlauf (auch wenn für Hessen nur wenige Befragungszeitpunkte vorliegen) ein recht klares Muster. Seit 2015/2016 verliert die Hessen-CDU an Zustimmung. Der teils klar rechtskonservativ geprägten Partei, die in der Vergangenheit u.a. mit der Doppelpass-Kampagne und einer klaren Polarisierung gegenüber SPD und Grünen Erfolge erzielt hat, gelingt es nicht, aus der Flüchtlingsdebatte auf Landesebene ohne Verluste in den Meinungsumfragen hervorzugehen – auch wenn sie selbst, anders als die CSU, das Thema nicht polarisierend aufgegriffen hat. Nutznießer in dieser Phase ist, in Hessen wie im Bund, die AfD mit ihrer damaligen Neuausrichtung. Damit geht einher, dass die SPD in dieser Phase nicht von der Schwäche der Hessen-CDU profitiert, sondern bei rund 25 Prozent in den Umfragen stagniert. Während Linke und FDP – beide waren 2013 nur denkbar knapp in den Landtag eingezogen – ihre Umfragewerte insgesamt leicht verbessern und zumeist oberhalb der 5-Prozent-Marke stabilisieren kann, zeigt die Entwicklungslinie der Grünen seit der letzten Landtagswahl eine zunächst moderate, dann jedoch steilere Aufwärtsentwicklung.

Abbildung 4: Sonntagsfrage (Hessen) im Zeitverlauf (2013-2018)



Sonntagsfrage/Projektion (Forschungsgruppe Wahlen, infratest dimap) und Wahlergebnisse LTW 2013/2018.

Ursächlich für diese positive Entwicklung der Grünen-Werte ist die Regierungstätigkeit. Es ist den Grünen in einer neuen, gerade in Hessen keineswegs selbstverständlichen Koalition mit der CDU gelungen, an Kompetenz- und Sympathiezuschreibungen zu gewinnen, während ihr Koalitionspartner CDU (wie auch die SPD in der Opposition) in zentralen Politikfeldern in der Kompetenzzuschreibung über die Jahre verloren hat (infratest dimap/ARD Wahlberichterstattung; FGW/ZDF Wahlberichterstattung). Dies erklärt, warum – bei insgesamt hoher Zufriedenheit mit der Landesregierung – die CDU im Vergleich zu den Grünen geschwächt aus der Landesregierung geht: Die Arbeit der Grünen hingegen, und dies ist durchaus ungewöhnlich, wird nunmehr deutlich höher bewertet als die Regierungsarbeit der CDU (FGW Politbarometer 10/2018). Die Hessen-CDU hat dabei im Vergleich zu 2013 (auch) an Reputation hinzugewonnen, gerade Ministerpräsident Bouffier steht heute besser da als 2013. Mehr als die Hälfte bewertet Volker Bouffiers Arbeit in der schwarz-grünen Koalition positiv (was im Bundesländervergleich ein eher niedriger Wert ist), und knapp zwei Drittel betrachten ihn als guten Ministerpräsidenten (infratest dimap Vorwahlbefragung). Damit geht zwar auch die gestiegene Parteibewertung einher, entscheidend ist jedoch, dass die Grünen in der Parteibewertung gleichziehen (vgl. Abb. 3) und ihr Co-Spitzenkandidat (und stellvertretende Ministerpräsident) Tarek Al-Wazir der in Hessen beliebteste Politiker ist (FGW Politbarometer 10/2018), so dass Bouffier hinter seinem Vize Al-Wazir zurückbleibt (infratest dimap Vorwahlbefragung). Im Ergebnis stehen die hessischen Grünen bei der Wahl 2018 für 69 Prozent aller Befragten „für eine moderne, bürgerliche Politik“ (FGW Wahlberichterstattung). Diese Befunde verdeutlichen, dass die Grünen in einer ungewohnten Regierungskoalition hinzugewinnen konnten – in der gesellschaftlichen Zustimmung wie auch bei der Wahl selbst.

Die Hessen-SPD dagegen kann aus von Oppositionsrolle nicht profitieren, ihre Leistung in der Landesopposition wird nochmals deutlich schlechter bewertet als die Leistung der beiden Regierungsparteien CDU und Grüne (FGW Politbarometer Extra Hessen, 9/2018, 10/2018). Dies kann die SPD auch nicht durch Kompetenzzuschreibungen in einzelnen Politikfeldern kompensieren, wobei sie auch hier in Hessen im Vergleich zu 2013 an Zustimmung verliert.

Dass die Landesebene für viele Wähler/innen bei dieser Landtagswahl bedeutsam ist, zeigt sich nicht nur auf parteipolitischer und personeller Ebene, sondern auch inhaltlich. Auch wenn wie angesprochen ein Großthema fehlt, so zeigen Umfragen, dass die als wichtig erachteten Themen vom Bundes- und Bayerntrend abweichen: So spielt vor der Wahl die Bildungs- und Schulpolitik sowie die Wohnungs- und Mietenfrage eine wichtige Rolle (FGW Wahlberichterstattung, wichtigste Probleme in Hessen: Bildung/Schule 32, Wohnung/Mieten 26 Prozent), wohingegen die Flüchtlingsfrage auch in Hessen erneut an Bedeutung verliert (22 Prozent; FGW Wahlberichterstattung). Kaum weniger wichtig als diese Frage ist unmittelbar vor der Wahl auch die Verkehrspolitik sowie die Dieselauffäre/Fahrverbote (16 bzw. 12 Prozent, FGW Wahlberichterstattung).

Gerade in diesen sachpolitischen Aspekten liegen die landespolitischen Ursachen für die CDU-Verluste. Sachpolitisch kann die Hessen-CDU 2018 weniger überzeugen als zuvor. Zwar bestehen die CDU-Stärken im Bereich Wirtschaft und innerer Sicherheit fort, in anderen, bei dieser Wahl wichtigen Fragen fällt die CDU jedoch hinter SPD bzw. Grüne zurück (Schul-, Verkehrs- und Familienpolitik, infratest dimap Vorwahlbefragung; abweichend FGW/ZDF Wahlberichterstattung, hier liegt die CDU in der Schul-/Bildungspolitik leicht vor der SPD). Dazu kommt, dass die CDU auch in den kulturellen Politikfeldern wie oben skizziert gespalten ist und bis heute die Flüchtlingsdebatte nachwirkt – gerade in der lange Zeit sehr konservativen Hessen-CDU ist dies ein schwerwiegendes Problem.

Die Grünen haben ihre Sachkompetenz in der Regierung ausgebaut und – wie in Bayern - ihr Profil geschärft. Bemerkenswert sind nicht nur die Kompetenzzuwächse im grünen Kernthema Umweltpolitik (75 Prozent, +19 Prozentpunkte; infratest dimap Vorwahlbefragung), sondern auch hohe Zuschreibungen und vor allem Zugewinne in anderen Politikfeldern (bspw. Verkehrspolitik, 28 Prozent, +15 Prozentpunkte und vor CDU/SPD; Dieselpolitik, 33 Prozent). Die zwar weniger bedeutsame, aber gleichwohl bestehende kulturelle Konfliktachse hilft dabei ebenfalls den hessischen Grünen (bspw. Asyl-/Flüchtlingspolitik, 18 Prozent, stabil). Dazu kommen gute Werte im Bereich Familienpolitik und Soziales (19 bzw. 15 Prozent). So sind die Grünen sachpolitisch nach der Regierungsbeteiligung gut aufgestellt, und ihnen wird häufiger als 2013 zugetraut, die wichtigsten Aufgaben des Landes zu lösen (13 Prozent, +9 Prozentpunkte; ähnlich FGW Wahlberichterstattung).

Die im Ergebnis hohe Zufriedenheit mit der Landesregierung macht es der SPD schwer, aus ihrer Oppositionsrolle heraus zu punkten. So glauben 56 Prozent der Wahlberechtigten nicht, dass eine SPD-geführte Landesregierung die Aufgaben und Probleme besser lösen könnte als eine CDU-geführte (infratest dimap Vorwahlbefragung). Auch sachpolitisch verliert die SPD an Kompetenzzuschreibung, selbst in ihren Kernkompetenzfeldern sind Einbußen erkennbar (bspw. soziale Gerechtigkeit: 38 Prozent, -8; Familienpolitik: 35 Prozent, -5). Die SPD steht gerade im Bereich soziale Gerechtigkeit und bezahlbarer Wohnraum in starker Konkurrenz zur Linken (38 zu 14 bzw. 34 zu 13 Prozent Zuschreibung), aber auch zu den Grünen. Hinzu kommt, dass sie selbst in den Feldern, in denen sie führt, Einbußen zu verzeichnen hat - die SPD ist damit insgesamt weniger gut aufgestellt als 2013 und wird zudem nicht als überzeugende Alternative zur CDU wahrgenommen.

Zusammenfassend sind also nicht nur bundespolitische Gründe anzuführen, die das Wahlergebnis von CDU, SPD und Grünen erklären, sondern auch landespolitische Faktoren: CDU und SPD gehen vor allem inhaltlich geschwächt in den Wahlkampf, und es gelingt ihnen so

nicht, gegen den in der Regierung erstarkten Herausforderer, die Grünen, zu reüssieren. Dazu kommt zweifelsohne der bundespolitische Gegenwind, der die schwierigen landespolitischen Bedingungen für CDU und SPD nochmals verschärft. Schließlich stehen mit der AfD, aber auch mit der FDP und der Linken, weitere Optionen für die Wähler/innen in Hessen bereit, die von diesen dankbar – gerade mit Blick nach Berlin – angenommen werden. Dabei profitieren die Grünen in besonderer Weise nicht nur von ihrer eigenen Arbeit in der Landesregierung, sondern erhalten zudem starken Rückenwind aus Bayern und Berlin (vgl. dazu Böll-Wahlanalyse zur Bayernwahl).

2.4 Hessen im zeitlichen Kontext

Die Hessen-Wahl bestätigt kurz- und mittelfristige Trends im deutschen Parteienwettbewerb. Der gemeinsame Stimmenanteil von Union und SPD ging bei dreizehn der zwanzig letzten Wahlen zurück, wobei die SPD noch stärker unter Druck steht als die Union. Die beiden (ehemaligen) Großparteien stehen damit, dies zeigen auch die nun nach der Hessen-Wahl verstärkt einsetzenden Debatten auf Bundesebene, unter massiven Druck. Positiv hingegen verläuft die Entwicklung für die Grünen, die mit den Herbstwahlen nun auch elektoral wieder in der Offensive sind. Zuvor konnten sie ihren hohen Zustimmungswerte, die sie in den frühen 2010er-Jahren erreicht hatten, nicht halten. Vierzehn Wahlen endeten in den vergangenen fünf Jahren mit Anteilsverlusten. Seit der gescheiterten Jamaika-Sondierung im Bund, der damit einhergehenden Profilschärfung, mit der neuen Parteispitze sowie der anhaltenden Schwäche von CDU/CSU und SPD gelingt es den Grünen aber nun wieder, herausragende elektorale Erfolge zu erzielen. Weit weniger stark von den Jamaika-Sondierungen konnte hingegen die FDP profitieren, die jedoch seit 2015 ebenfalls wieder weitgehend (und vor allem im Westen) im Aufwind ist. Unter Druck steht hingegen die Linke, die bei sehr unterschiedlichen Wahlergebnissen ihre landesparlamentarische Präsenz in den vergangenen Jahren nicht ausbauen konnte. Ihre außerhalb Hessens bestehende Schwäche in den westdeutschen Flächenländern bleibt bestehen, wie auch vor zwei Wochen in Bayern zu sehen war. Am rechten Rand hat sich – nun in allen Landtagen vertreten – die AfD etabliert. Sie erzielte ab 2014 durchgehend Stimmenanteile von mehr als 5 Prozent, herausragend sind dabei ihre Erfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

3 Wahlverhalten

3.1 Entscheidungszeitpunkt & Motive

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.³ Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für ebendiese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird. Eine Wahlentscheidung kann auf Überzeugung oder Enttäuschung basieren, wobei letzteres auf Protestwahlverhalten hindeutet. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Wähler/innen ihre Partei aus Überzeugung wählt (siehe Tabelle 3). Bei der AfD zeigt sich hingegen, dass diese vorrangig als Sammelbecken der Enttäuschten Erfolge verzeichnet – sie ist, wie bereits unter dem Stichwort „Denkzettel-Wahl“ diskutiert, zu einem guten Teil (noch) eine Protestpartei.

Tabelle 3: Motive und Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Motive der Wahlentscheidung														
	Gesamt		CDU		Grüne		SPD		AfD		FDP		Linke	
Wahl aus...														
Überzeugung	59	-7	76	0	65	-6	66	+3	29	-3	51	-16	51	-1
Enttäuschung	34	+7	18	0	29	+5	28	-1	62	+2	43	+19	40	0
Wahl wegen...														
Spitzenkandidat/in	13	-6	22	-6	9	-1	14	-4	6	+1	7	-10	9	+1
Sachfragen	64	+8	46	+4	75	+3	48	-8	80	-4	79	+26	82	+3
Parteibindung	20	-1	29	+4	15	-3	32	+8	5	+2	12	-13	6	-2
Zeitpunkt der Wahlentscheidung														
Entscheidung...														
am Wahltag	16	+1	15	+1	14	-1	17	+4	11	-4	18	+4	15	-2
letzte Tage	20	+3	18	+5	24	+4	19	+2	10	-14	26	+6	22	-2
letzte Wochen	24	+3	20	+3	31	+8	21	-1	20	-11	28	+6	25	+5
vor längerer Zeit	31	-2	31	-8	25	-7	29	-1	56	+28	22	-11	33	+3
immer gleich	8	-4	13	-2	4	-5	13	-1	2	+2	5	-1	4	-3

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2013 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind / von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl getroffen? Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Für Parteien stellt sich darüber hinaus die Frage, ob sie vorrangig aufgrund ihrer (Spitzen-) Kandidat/innen, aus inhaltlichen Gründen oder aus individueller Parteibindung gewählt werden. Die Daten von infratest dimap bestätigen die generelle Erkenntnis, dass Sachfragen für die Wahlentscheidung zentral sind. In allen Parteien sind – unterschiedliche – sachpolitische Fragen der wichtigste Grund für eine Partei, während Kandidat/innen und Parteibindung in unterschiedlicher Weise nachrangig sind. Allerdings steht außer Frage, dass gerade Themen und Kandidat/innen auch in einem engen Zusammenhang stehen, was in der parteilichen Profilbildung, in Fragen der Glaubwürdigkeit und thematischen Sichtbarkeit und damit letztlich in der Wähler/innen-Ansprache zum Ausdruck kommt.

CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier hatte bei dieser Wahl weniger Zugkraft als 2013, nur jede/r fünfte Wähler/in entschied sich wegen des Spitzenkandidaten für die CDU. Sachpolitische Themen waren deutlich gewichtiger und haben gegenüber 2013 an Bedeutung gewonnen. Hinzu kommt ein relevanter Anteil an Wähler/innen mit hoher Parteibindung. Für die **Grünen** steht außer Frage, dass sie mit Tarek Al-Wazir und Priska Hinz in der Regierung an Profil

³ Methodischer Hinweis: Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen, zu Wahlmotiven und zum Entscheidungszeitpunkt ist die o.g. Exit Poll von infratest dimap.

gewonnen haben und dass gerade AI-Wazir als beliebtester Politiker im Land einen maßgeblichen Anteil am Wahlerfolg sowie an der Sichtbarkeit seiner Partei hat. Gleichwohl bleiben, dies ist für die Grünen typisch, sachpolitische Fragen das stärkste Wahlmotiv. Die **SPD** konnte wie die CDU bei dieser Wahl weniger stark von ihrem Spitzenkandidaten profitieren, nur etwa jede/r achte SPD-Wähler/in entschied sich wegen des Spitzenkandidaten für die SPD. In Einklang mit den gesunkenen Kompetenzzuschreibungen steht der Befund, dass die angebotenen Sachlösungen ebenfalls weniger Mobilisierungskraft entfaltet haben, wohingegen die langfristige Bindung an die Partei wichtiger geworden ist – was mit Blick auf die Wählerabwanderung ebenfalls plausibel ist, da die SPD zunehmend auf ihre Stammwähler/innen zurückfällt. Für die **AfD** sind drei Aspekte bei der Wahl bedeutsam. Zum ersten wird sie zu über 60 Prozent aus Protest bzw. Enttäuschung gegenüber den anderen Parteien gewählt, nur ein kleiner Teil der AfD-Wähler/innen entscheidet sich aus Überzeugung für die Partei. Zum zweiten spielen Sachfragen, nicht Kandidat/innen das entscheidende Motiv, was für eine junge Partei durchaus plausibel ist. Drittens ist für die AfD erkennbar, dass die Wähler/innen sich nicht kurzfristig, sondern in weit überdurchschnittlichem Maße vor längerer Zeit für die Partei entschieden haben – dies verdeutlicht, dass die Enttäuschung schon länger andauert. Bei der **FDP** und der **Linken** zeigt sich ein ähnliches Bild für die Wahlmotive, auch hier stehen Sachfragen klar im Vordergrund. Allerdings fungieren beide Parteien in Hessen nicht vorrangig als Protestpartei, sondern werden überwiegend aus Überzeugung gewählt, wenngleich der Anteil der von den anderen Parteien enttäuschten überdurchschnittlich ausfällt.

3.2 Wahlsoziologische & regionale Aspekte

Typische Muster des soziodemographischen Wahlverhaltens zeigen sich auch bei der hessischen Landtagswahl. Besonders augenfällig ist erneut die Überalterung der Wählerschaft von CDU und SPD, so erreicht die CDU nur in der Gruppe 60+ über dreißig Prozent (35 Prozent) bzw. die SPD über 20 Prozent (26 Prozent). Die Grünen, aber auch die Linke und die FDP, haben vor allem in der jüngeren Wählerschaft überdurchschnittliche Resultate, die Grünen sind in der Altersgruppe 18-24 Jahre mit 26 Prozent und in der Gruppe 25-34 Jahre mit 22 Prozent die stärkste Partei. Betrachtet man die einzelnen Parteien, dann zeigt sich bei der **CDU**, dass diese in allen Bevölkerungsgruppen (nach Alter und Berufstätigkeit) meist zweistellig an Zustimmung verliert, am stärksten bei Arbeiter/innen, Selbständigen sowie in den jungen und mittleren Altersgruppen. Überdurchschnittlich schneidet die CDU bei älteren Frauen, formal niedrig Gebildeten und Rentner/innen ab. Ähnliches zeigt sich bei der **SPD**, die ebenfalls in allen Bevölkerungsgruppen meist zweistellig verliert, aber bei über 60-Jährigen, Rentner/innen, Beamten und Arbeiter/innen sowie bei formal niedrig Gebildeten (noch) überdurchschnittlich abschneidet. Die **Grünen** verzeichnen in allen Bevölkerungsgruppen Zugewinne und erreichen in allen Altersgruppen über 20 Prozent, nur bei der Gruppe 60+ liegen sie mit 14 Prozent (+8 Prozentpunkte) darunter. Sie werden von formal höher Gebildeten, Angestellten, Beamt/innen und Selbständigen überdurchschnittlich gewählt. Die **AfD** wird, auch dies ist typisch, in den mittleren Altersgruppen stärker gewählt, wobei sie vor allem Arbeitslose, Arbeiter/innen und wirtschaftlich Unzufriedene für sich gewinnen kann. Gleichwohl ist ihr Wählerkreis nicht darauf beschränkt, auch bei Selbständigen und niedrig bis mittel Gebildeten liegt die AfD über ihrem Durchschnitt. Während die Grünen überdurchschnittlich von Frauen gewählt werden, sind die Ergebnisse der AfD – wie auch der FDP – bei Männern besser als bei Frauen. Die **FDP** gewinnt bei jungen, meist männlichen Wählern (bis 24 Jahre) deutlich hinzu. Sie wird ferner von gerade von Selbständigen überdurchschnittlich gewählt, aber auch bei den wirtschaftlich Zufriedenen und formal Mittel- und Hochgebildeten. Die **Linke** kann in fast allen Gruppen moderate Zugewinne verzeichnen, ihre stärksten Rückhalt hat sie in der Gruppe der jungen Frauen bis 24 Jahre. Sie mobilisiert vor allem auch wirtschaftlich Unzufriedene,

junge Wähler sowie Arbeiter/innen und Arbeitslose (bei letzterem jedoch mit deutlichen Verlusten). Wie die Grünen und die FDP ist auch die Linke in der Generation 60+ stark unterdurchschnittlich vertreten.

Ein kurzer Blick auf die regionalen Aspekte des Wahlverhaltens zeigt, dass **CDU** und **SPD** in allen 55 Wahlkreisen Zweitstimmenanteile einbüßen. Die CDU verliert vor allem in Osthessen sowie in der Region Rhein-Taunus-Limburg. Trotz ihrer Einbußen steht die Hessen-CDU aber weiterhin im katholisch geprägten Regionen Osthessen und Rhein-Taunus-Limburg vergleichsweise gut da, wohingegen sie in den Regionen Rhein-Main und Nordhessen schwach abschneidet. Die SPD verliert besonders in Nord-, Mittel- und Südhessen. In Nordhessen schneidet die SPD gleichwohl noch am besten ab, hier erringt sich auch die Mehrzahl ihrer Direktmandate. Die **Grünen** legen in allen Wahlkreisen zu, insbesondere in ihren südhessischen Hochburgen sowie in der Region Rhein-Taunus-Limburg. Sie sind weiterhin vor allem in den Großstädten erfolgreich und erreichen fünf Direktmandate. Die **AfD** liegt in 48 Wahlkreisen über 10 Prozent, ihre besten Ergebnisse erzielt sie in Osthessen. Im Rhein-Main Gebiet, in der Region Rhein-Taunus-Limburg sowie in größeren Städten schneidet sie unterdurchschnittlich ab. Die **FDP** gewinnt in allen Wahlkreisen, die **Linke** in 47 der 55 Wahlkreise hinzu. Besonders stark sind die Ergebnisse der FDP in Rhein-Taunus-Limburg, unterdurchschnittlich in Nord- und Mittelhessen. Die Linke erzielt ihre besten Ergebnisse in den Groß- und Universitätsstädten.

3.3 Wählerwanderung

Ein großer Teil der Wählerschaft hat auch bei dieser Wahl eine andere Partei als 2013 gewählt, wie das Wählerwanderungsmodell von infratest dimap zeigt.⁴ Die **CDU** verliert im Wählerwanderungsmodell Zweitstimmenwähler an alle politischen Wettbewerber mit Ausnahme der SPD. Wie in Bayern verliert sie dabei zugleich an die Grünen wie an die AfD. Hinzu kommen relevante Verluste durch die Mortalität der Wählerschaft. Auch ist es ihr – im Gegensatz zur Bayernwahl – nicht gelungen, Abwanderungen ins Nichtwählerlager zu verhindern. Diese Verluste kann die CDU auch nicht durch Zugewinne von der SPD ausgleichen. Die **Grünen** gewinnen zu fast gleichen Teilen Zweitstimmenwähler/innen von der SPD und der CDU, profitieren aber auch vom Generationenwechsel. Die **SPD** verliert an alle politischen Wettbewerber, vor allem jedoch an die Grünen. Ein Problem sind für die SPD auch mortalitätsbedingte Verluste und eine ausgeprägte Mobilisierungsschwäche (Nichtwählerabwanderung). Die FDP gewinnt vor allem von der CDU, aber auch von der SPD. Verluste verzeichnet sie hingegen an die **AfD**, die zudem vor allem von der CDU und nicht-etablierten Kleinstparteien Wähler/innen gewinnt, aber auch von der SPD und in geringerem Umfang aus dem Nichtwählerlager. Die **Linke** gewinnt ihrerseits hauptsächlich von der SPD und verliert am stärksten an die AfD (Details in Anhang).

⁴ Methodischer Hinweis: Die Wanderungsanalyse zur Landtagswahl betrachtet Zweitstimmenveränderungen. Das Wanderungsmodell von infratest dimap bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab, berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wähler-Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ für die identische Partei-Wahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechseln (Erstwähler versus verstorbene Wähler bzw. Zuzug versus Wegzug) auf. Für jede Partei wird ein Stromkonto berechnet. Die Einzelströme werden gerundet, sodass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der ausgewiesenen Gruppen beruhen auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahl- und Wahltagsbefragungen sowie dem amtlichen Wahlergebnis.

4 Anhang

4.1 Wahlergebnis im Detail

Tabelle 4: Wahlergebnis im Detail

	Absolut		Prozent		Veränderung
	2018	2013	2018	2013	zu 2013
Wahlberechtigte	4.371.842	4.392.213			
Wähler/innen bzw. Wahlbeteiligung	2.941.473	3.216.206	67,3	73,2	-5,9
Wahlkreisstimmen (Erststimmen)					
Gültige Stimmen	2.871.413	3.112.596	97,6	96,8	+0,8
Ungültige Stimmen	70.060	103.610	2,4	3,2	-0,8
<i>davon entfallen auf</i>					
CDU	842.706	1.329.746	29,3	42,7	-13,4
SPD	670.136	1.092.125	23,3	35,1	-11,8
GRÜNE	517.654	289.830	18,0	9,3	+8,7
LINKE	164.594	160.531	5,7	5,2	+0,5
FDP	205.105	93.098	7,1	3,0	+4,1
AfD	361.898	42.721	12,6	1,4	+11,2
Sonstige	109.320	104.545	3,8	3,4	+0,4
Landesstimmen (Zweitstimmen)					
Gültige Stimmen	2.879.302	3.130.781	97,9	97,3	+0,6
Ungültige Stimmen	62.171	85.425	2,1	2,7	-0,6
<i>davon entfallen auf</i>					
CDU	776.254	1.199.633	27	38,3	-11,3
SPD	570.166	961.896	19,8	30,7	-10,9
GRÜNE	570.260	348.661	19,8	11,1	+8,7
LINKE	181.263	161.488	6,3	5,2	+1,1
FDP	215.642	157.451	7,5	5,0	+2,5
AfD	378.376	126.906	13,1	4,1	+9,0
Sonstige	187.341	174.746	6,5	5,6	+0,9

Stimmen (absolut), Anteile in Prozent sowie Veränderungen (grün) in Prozentpunkten; Differenz zu 100: Rundungsfehler; eigene Berechnung; Quelle: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis).

4.2 Wählerwanderung im Detail

Wählerwanderung CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	49.000	25.000	24.000
GRÜNE	9.000	108.000	-99.000
LINKE	4.000	9.000	-5.000
FDP	27.000	62.000	-35.000
AfD	0	96.000	-96.000
Andere	4.000	32.000	-28.000
Parteien (Summe)	93.000	332.000	-239.000
Nichtwähler/innen	29.000	90.000	-61.000
Erstwähler/Verstorbene	25.000	104.000	-79.000
Zu-/Fortgezogene	32.000	76.000	-44.000
Weitere Gruppen (Summe)	86.000	270.000	-184.000
Wählerströme insgesamt	179.000	602.000	-423.000
Wählerstamm	597.000	597.000	
Wähler 2018 und 2013	776.000	1.199.000	-423.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	25.000	49.000	-24.000
GRÜNE	38.000	142.000	-104.000
LINKE	6.000	31.000	-25.000
FDP	3.000	24.000	-21.000
AfD	1.000	39.000	-38.000
Andere	5.000	24.000	-19.000
Parteien (Summe)	78.000	309.000	-231.000
Nichtwähler/innen	23.000	89.000	-66.000
Erstwähler/Verstorbene	25.000	77.000	-52.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	65.000	-45.000
Weitere Gruppen (Summe)	68.000	231.000	-163.000
Wählerströme insgesamt	146.000	540.000	-394.000
Wählerstamm	423.000	423.000	
Wähler 2018 und 2013	569.000	963.000	-394.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	62.000	27.000	35.000
SPD	24.000	3.000	21.000
GRÜNE	7.000	10.000	-3.000
LINKE	2.000	1.000	1.000
AfD	1.000	18.000	-17.000
Andere	3.000	3.000	0
Parteien (Summe)	99.000	62.000	37.000
Nichtwähler/innen	17.000	10.000	7.000
Erstwähler/Verstorbene	17.000	14.000	3.000
Zu-/Fortgezogene	22.000	11.000	11.000
Weitere Gruppen (Summe)	56.000	35.000	21.000
Wählerströme insgesamt	155.000	97.000	58.000
Wählerstamm	61.000	61.000	
Wähler 2018 und 2013	216.000	158.000	58.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	108.000	9.000	99.000
SPD	142.000	38.000	104.000
LINKE	20.000	21.000	-1.000
FDP	10.000	7.000	3.000
AfD	1.000	4.000	-3.000
Andere	2.000	12.000	-10.000
Parteien (Summe)	283.000	91.000	192.000
Nichtwähler/innen	25.000	23.000	2.000
Erstwähler/Verstorbene	46.000	15.000	31.000
Zu-/Fortgezogene	27.000	31.000	-4.000
Weitere Gruppen (Summe)	98.000	69.000	29.000
Wählerströme insgesamt	381.000	160.000	221.000
Wählerstamm	188.000	188.000	
Wähler 2018 und 2013	569.000	348.000	221.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung AfD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	96.000	0	96.000
SPD	39.000	1.000	38.000
GRÜNE	4.000	1.000	3.000
LINKE	17.000	2.000	15.000
FDP	18.000	1.000	17.000
Andere	52.000	5.000	47.000
Parteien (Summe)	226.000	10.000	216.000
Nichtwähler/innen	32.000	11.000	21.000
Erstwähler/Verstorbene	10.000	7.000	3.000
Zu-/Fortgezogene	22.000	10.000	12.000
Weitere Gruppen (Summe)	64.000	28.000	36.000
Wählerströme insgesamt	290.000	38.000	252.000
Wählerstamm	89.000	89.000	
Wähler 2018 und 2013	379.000	127.000	252.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung LINKE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	9.000	4.000	5.000
SPD	31.000	6.000	25.000
GRÜNE	21.000	20.000	1.000
FDP	1.000	2.000	-1.000
AfD	2.000	17.000	-15.000
Andere	7.000	9.000	-2.000
Parteien (Summe)	71.000	58.000	13.000
Nichtwähler/innen	11.000	8.000	3.000
Erstwähler/Verstorbene	15.000	9.000	6.000
Zu-/Fortgezogene	13.000	15.000	-2.000
Weitere Gruppen (Summe)	39.000	32.000	7.000
Wählerströme insgesamt	110.000	90.000	20.000
Wählerstamm	72.000	72.000	
Wähler 2018 und 2013	182.000	162.000	20.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Die Schnellanalyse zur Landtagswahl Hessen basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, auf der Berichterstattung von ARD und ZDF sowie auf Daten des Landeswahlleiters.

Herausgeberin:

Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt:

Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow, bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Oktober 2018 (*online first*)

Lizenz: Creative Commons.(CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter themen.boell.de

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.